



Foto: privat, freigg. Bildmaterial der iranischen Opposition

Visionäre Blicke
Die seit nunmehr 30 Jahren andauernde, brutale Unterdrückung der iranischen Bevölkerung könnte nun endlich friedlich beendet werden. Jedoch nur, wenn auch Deutschland als wichtigster westlicher Handelspartner mitzieht.

Den Henkern in die Hände

Zur Lage im Iran und der vornehmen Zurückhaltung Deutschlands. Von Human

Der Iran erlebt derzeit die schlimmste Repressionswelle seit der Phase der Massenhinrichtungen nach Beendigung des Krieges mit dem Irak 1988/89. Schon damals, kurz vor dem zehnten Jahrestag der Revolution, exekutierte das Regime über 4.500 politische Häftlinge. Seit den Massenprotesten im Gefolge der Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 sind mindestens 4.000 Menschen verhaftet worden, von denen immer noch 200 in den Gefängnissen ausharren. Internationalen Menschenrechtsorganisationen zufolge, wurden in Schauprozessen vermeintliche Anführer – aufgrund von erpressten oder durch Folter erzwungenen Geständnissen – zu langen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt. Am 28. Januar fanden die ersten Hinrichtungen statt. Mohammad Ali Zamani (37) und Arash Rahmanipour (19) wurden für schuldig befunden, der monarchistischen Gruppierung „Anjoman-e Padeshahi-e Iran“ (API) anzugehören und gehängt. Weitere Anklagepunkte waren „Propaganda gegen das System“ und „Versammlung und Konspiration mit dem Ziel, die innere Sicherheit zu gefährden.“ Bereits im Januar 2010 und November 2009 wurden zwei kurdische Politiker, Ehsan Fattahian und Fasih Yasamani, hingerichtet. Derzeit sind rund 20 zum Tode verurteilte Kurdinnen und Kurden in den Gefängnissen inhaftiert.

Für *Amnesty International* und iranische Menschenrechtsorganisationen sind diese Hinrichtun-

gen erst der Auftakt: „Wir haben die Sorge, dass diese Hinrichtungen nur der Anfang einer Welle von Hinrichtungen sein könnten für diejenigen, die aufgrund ähnlich vage formulierter Anklagen zum Tode verurteilt wurden“, so Hassiba Hadj Sahraoui, Direktorin des Nahost- und Nordafrika-Programms bei *Amnesty International*.

Medien und Politik schweigen sich aus

Während das Atomprogramm des Irans durchaus Thema ist – wenn auch ohne bedeutende Konsequenzen – wird die tödliche Repressionswelle in den deutschen Medien nur mit geringem Interesse wahrgenommen. Die Politik schweigt fast völlig. Das steht im krassen Gegensatz zum letzten Sommer und den Protesten im Gefolge der Wahl vom 12. Juni: Iran auf allen Kanälen. Millionen auf den Straßen Teherans, friedliche Demonstranten, prügelnde Milizionäre auf wackeligen Bildern via UMTS in die Welt übertragen. „Die westlichen Medien badeten in diesem Sommer schier in den Protesten“, befindet mit kritischem Blick auf die eigene Zunft die Journalistin Charlotte Wiedemann. Aber das Interesse erlahmte schnell wieder. Obwohl die Repressalien im Iran eher zugenommen haben und die Lage verzweifelter ist, herrscht heute Schweigen bzw. Kleingedrucktes im bundesdeutschen Blätterwald. Ahmadinejad, eben noch der Schurke Nummer eins mit zweifelhafter Legiti-

Human

schreibt unter Pseudonym, stammt aus dem Iran und ist in der Flüchtlingssozialarbeit in Schleswig-Holstein tätig.

mität, wird wieder zum Verhandlungspartner im Atomstreit. Außenminister Mottaki war auf der Münchener „Sicherheitskonferenz“ Anfang Februar 2010 gern gesehen.

„Die westlichen Medien und die westlichen Regierungen haben die iranische Demokratiebewegung erst an ihre Brust gerissen und dann genauso schnell wieder fallen gelassen – beides aus zweifelhaften Motiven. Aber auch bei unabhängigen Geistern ist das intellektuelle Interesse schnell erlahmt. Im Iran wird wieder gefoltert? Das ist nicht hip.“
(Charlotte Wiedemann)

Wirtschaftsinteressen leicht nachweisbar

Wegsehen passt vor allem zwei Gruppen gut in den Kram: Zum einen dem Ahmadinedschad-Regime, welches durch die wieder aufgenommenen Atomverhandlungen und die beiseite geschobene Wahlkritik endlich die Anerkennung im Ausland gefunden hat, auf die es seit dem 12. Juni wartet. Darauf ist das Regime heute mehr denn je angewiesen. Die Lage im Inneren ist nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial aufs Höchste gespannt.

Zum anderen der deutschen Wirtschaft. Zwar liegt der Anteil des Irans am deutschen Exportgeschäft bei weniger als einem Prozent. Aber für den Iran ist Deutschland der wichtigste Handelspartner innerhalb der EU. Das hat Tradition. Die Deutsch-Iranische Handelskammer wurde – bezeichnender Weise – im Jahre 1936 ins Leben gerufen und nach dem Ende des Nazi-Regimes 1952 wiederbelebt. Ihr Vorsitzender ist heute Karl-Paul Drechsler, der gleichzeitig Leiter des Iran-Geschäfts für den Siemenskonzern ist. Die hart erarbeitete Position als wichtigster Lieferant von Maschinen und Ausrüstungen will die deutsche Industrie nicht gerne aufgeben. Die Demokratiebewegung stört dabei. Mit den Worten des außenpolitischen Beratungsinstituts, der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) gesprochen:

„Der Atomstreit und die radikale anti-israelische Politik der Regierung Ahmadinejad haben die Spielräume für Deutschlands Iran-Politik eingengt. Damit besteht die Gefahr, dass Deutschland nicht mehr in der Lage ist, seine Strategie der ‚Nicht-Ausgrenzung‘ Irans durchzubalzen. Das aber würde den deutschen Handelsinteressen im Iran und dem langfristigen Interesse an Energiesicherheit widersprechen.“ Und weiter heißt es: „Vor

allem die mittelständische Industrie der Bundesrepublik ist von den Auswirkungen der deutschen Beteiligung an den internationalen Sanktionen gegen Iran betroffen, ihre Vertreter sind entsprechend beunruhigt.

Zwar hat Siemens angekündigt, momentan keine neuen Aufträge im Iran mehr annehmen zu wollen (gleichzeitig werden allerdings bestehenden Geschäfte weiter gepflegt) und Bundeskanzlerin Merkel kann sich vorstellen, über Sanktionen nachzudenken. Aber es ist kaum zu erwarten, dass Deutschland von seiner traditionellen Linie der guten Beziehungen zum Iran abweichen wird.

Angesichts dieser mächtigen Interessenlage sind kritische Stimmen, wie etwa die der Vorsitzenden der Iran-Delegation des Europäischen Parlaments, der Grünen-Abgeordneten Barbara Lochbihler, selten:

„Viele Iraner und Iranerinnen erwarten von uns, dass wir nicht nur die Außenpolitik und das Nuklearprogramm im Auge haben, sondern hinsehen und handeln, wenn es um die politischen Verhältnisse im Iran geht.“

Tödliche Route: Deutschland schiebt nach Italien und Griechenland, diese Länder in den Iran ab

Die Erwartungen der iranischen Opposition werden bis auf Weiteres enttäuscht. Denn die guten Wirtschaftsbeziehungen beinhalten, dass Deutschland sich in punkto Menschenrechtsverletzungen im Iran nicht zu weit vorwagt. Und folgerichtig gibt es weder eine Initiative der Bundesregierung zur bevorzugten Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Iran (wie dies beispielsweise die spanische und die irische Regierung als Reaktion auf die blutige Unterdrückung des friedlichen Protests im Sommer gemacht haben), noch einen bundesweiten Abschiebestopp in den Iran. Nach der Dublin-II-Verordnung werden Flüchtlinge in andere europäische Staaten zurückgeschoben, die nach dieser Verordnung für das Asylverfahren zuständig sind – zum Beispiel Griechenland oder Italien. Diese Länder schieben rigoros in den Iran ab. Eine solche Politik wird in keiner Weise dazu beitragen, irgendetwas im Iran zum Besseren zu verändern, eher im Gegenteil.<